

Artikel Osterholzer Kreisblatt vom 10.12.2025

Interview mit Finanzminister

„Belastungen offen kommunizieren“

Interview mit Finanzminister Heere über Sanierungsstau, Ganztagsschulen und Bürokratie

Gerald Heere (46)

ist seit 2022 niedersächsischer Finanzminister. Der Politikwissenschaftler war von 2019 bis 2021 Büroleiter beim Bremer Finanzsenator, ehe er als Nachrücker zum zweiten Mal für die Grünen in den niedersächsischen Landtag einzog. Der Osterholzer Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen hatte Heere zu einer öffentlichen Gesprächsrunde ins Kulturzentrum Murkens Hof in Lilienthal eingeladen. Zuvor traf sich der Minister zu einem Interview mit der Redaktion.

Herr Minister Heere, es gibt hier eine Landesstraße mit der Nummer 133, die seit Jahren im Moor versinkt, weswegen dort neuerdings Schrittgeschwindigkeit angeordnet ist. Wie viel Geld haben Sie mitgebracht?

Gerald Heere: Für konkrete Vorhaben habe ich heute kein Geld mitgebracht, aber wir starten ein großes Investitionsprogramm, um den Sanierungsstau der vergangenen mindestens 30 Jahre bei Infrastruktur wie Straßen, Brücken und Gebäuden anzugehen. Insgesamt stehen 14,5 Milliarden Euro zur Verfügung – 9,5 Milliarden vom Bund, 5 Milliarden vom Land. Davon gehen rund 5,3 Milliarden direkt an alle niedersächsischen Kommunen, um deren Infrastruktur zu verbessern. Das Wirtschaftsministerium erhält zudem 500 Millionen Euro für die Sanierung von Straßen und Brücken und wird priorisieren, wo der größte Handlungsbedarf besteht.

Gibt es noch andere Landesstraßen mit Tempo 10 oder ähnlichen Einschränkungen?

Das kann ich nicht genau sagen, aber angesichts des Sanierungsstaus ist das durchaus möglich.

Ebenfalls nicht recht ins Bild vom modernen Niedersachsen passt das Wehklagen der Gemeinden und Landkreise wegen der überbordenden Bürokratie. Haben Sie schon mal Geld aus einem Förderprogramm beantragt?

Persönlich nicht. Wir sehen aber die Bürokratie als Problem und haben deshalb erst kürzlich die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, um die Förderprogramme deutlich zu vereinfachen. Künftig sind weniger Nachweise nötig, Zwischenabrechnungen entfallen, und es wird nur noch stichprobenartig geprüft. Das soll die Verfahren deutlich schlanker und schneller machen. Und wir ermöglichen künftig unter anderem den Kommunen einen früheren Projektbeginn. Bei Vorhaben bis zu einer Million Euro können sie schon starten, sobald sie den Antrag gestellt haben, nicht erst, wenn die Bewilligung da ist.

Unsere Kommunen würden sich über schlankere Verfahren freuen. Sie sagen: Liebe Landesregierung, überweist uns Pauschalen und vertraut uns, dass wir ordentlich mit dem Geld umgehen. Haben Sie kein Vertrauen zu den Kommunen?

Pauschalen sind grundsätzlich sinnvoll, hier muss aber je nach Thema abgewogen werden. Bei speziellen Einrichtungen wie Frauenhäusern etwa kann eine pauschale Verteilung problematisch sein. Wenn wir dieses Geld allgemein an alle Kommunen und nicht mehr für die einzelnen Einrichtungen ausschütten würden, dann könnte pro Kommune so wenig überbleiben, dass diese die Frauenhäuser möglicherweise nicht mehr tragen können. Wir prüfen, wo Pauschalen möglich sind, und diskutieren das mit den Fachressorts.

Die Kommunen beklagen, dass Personalkosten für Kitas erst mit großer Verzögerung erstattet werden. Und dass weniger Geld ankommt als versprochen.

Das Problem ist bekannt und wird angegangen. Die Erstattung der Personalkosten wird künftig an die Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst angepasst und um mindestens 250 Millionen Euro pro Jahr erhöht. Die Abrechnung soll vereinfacht werden, das Kultusministerium arbeitet daran. Die neuen Regelungen sollen ab 2026 greifen.

Beim Ausbau der Ganztagschulen fühlen sich Kommunen finanziell überfordert – insbesondere bei Investitionen und Personalkosten.

Der Bund stellt für diesen Zweck nur einen begrenzten Investitionstopf bereit, das Land kofinanziert, und die Kommunen tragen einen Teil. Zusätzlich stehen die genannten Mittel aus unserem milliardenschweren Investitionsprogramm für kommunale Investitionen bereit, die auch für Ganztagschulen genutzt werden können. Den Betrieb der Nachmittagsbetreuung teilen sich Land und Kommune; für die landeseitigen Personalkosten wird an einer Regelung gearbeitet, die rechtzeitig vor dem Start des Rechtsanspruchs vorliegen soll.

Die Gemeinden wissen noch nicht, wie die Betreuung im Ganztag finanziert werden soll, sie planen ins Blaue. Wann kommt der heiß ersehnte Erlass, der die Finanzen regelt?

An diesem Erlass arbeitet das Kultusministerium, und der muss jetzt auch sehr bald fertig sein.

Geht ja auch erst in acht Monaten los.

Ja, ich finde auch, das ist in der Tat eine Herausforderung. Dieser gesetzliche Anspruch wurde vom Bundestag beschlossen, nicht durch den niedersächsischen Landtag. Schon damals hat man sich gefragt, ob das zeitlich funktioniert.

Viele Kommunen können sich ihre Schwimmbäder kaum leisten. Wäre es sinnvoll, Schwimmbäder zur Pflichtaufgabe zu machen?

Schwimmbäder sind derzeit freiwillige Aufgaben. Es gibt Förderprogramme für Schwimmlehrkräfte, aber keinen gesetzlichen Anspruch auf Schwimmbäder. Investitionen können jedoch aus den pauschalen Mitteln des Landes und Bundes getätigt werden. Angesichts stagnierender Steuereinnahmen ist die finanzielle Lage der Kommunen schwierig, daher setzen wir auf eine flächendeckende Unterstützung von Investitionen, um die Standortattraktivität zu erhöhen.

Thema Grundsteuer. Wie ist der Stand bei der angekündigten Härtefallregelung für Vereine mit großen Flächen?

Das Problem betrifft nur Vereine, die gepachtete Flächen nutzen, vereinseigene Flächen sind ohnehin steuerlich privilegiert. Wir sprechen mit den kommunalen Spitzenverbänden, um eine Härtefallregelung rückwirkend zum 1. Januar 2025 einzuführen. Sie soll punktuelle Probleme lösen, zum Beispiel auch für gepachtete Sportflächen. Die genaue Ausgestaltung wird derzeit noch abgestimmt.

Wird offen genug über die Belastungen und Zumutungen gesprochen, die auf die Bürgerinnen und Bürger zukommen könnten – im Zuge der nötigen Umstellungen beim Heizen und der Mobilität mit Blick auf die Klimakrise?

Eins ist klar: Veränderungen – zumal so tiefgreifende wie aktuell – bringen Belastungen mit sich, die von der Politik offen kommuniziert werden müssen. Ich persönlich tue das, um für gesellschaftliche Zustimmung zu werben. Denn wenn diese dringend notwendigen Veränderungen nicht von einer Mehrheit in der Bevölkerung mitgetragen werden, werden wir sie nicht umsetzen können.

Das Interview führte Johannes Heeg.

Johannes Heeg

[„Belastungen offen kommunizieren“](#)